



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe März 2008 - II

Inhalt:

1. Ostern bei der GdP
2. "Ich bin mehr wert"
3. GdP - Trier: „Die Eifel hat ein Drogenproblem“
4. Leserbrief Kosovo III
5. Renten sollen angehoben werden
6. Personalnot und Beförderungssituation sind die Themen Nr.1
7. Beihilfe für Säuglinge
8. Kostendämpfungspauschale – Kein Widerspruch erforderlich
9. Unser Lesetipp
10. GdP-Seminare für 2008 auf einen Blick
11. GdP-Zeitschrift „Die Kriminalpolizei“ erschienen

1. Ostern bei der GdP



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Redaktion des ‚Kurz berichtet‘ wünscht Euch und Euren Lieben ein gesundes und erholbares Osterfest – und denen, die – wie es die Landesregierung vermutet – so arbeiten wie Finanzbeamte (halt nur mit anderen Rechtsvorschriften), also denen, die an den Feiertagen Dienst schieben müssen, einen ereignisarmen, aber erfolgreichen Dienst!



2. "Ich bin mehr wert" lautete das Motto des DGB und der GdP zum diesjährigen internationalen Frauentag.



Zum wiederholten Male veranstaltete die Kreisgruppe Koblenz anlässlich des internationalen Frauentages ein Frauenfrühstück. **Iris Michel** - auch Gleichstellungsbeauftragte des PP Koblenz - begrüßte ca. 30 Teilnehmerinnen und einen Teilnehmer, Herrn Polizeipräsident **Eckhardt**. Dieser nutzte die Gelegenheit einige "frauen-spezifische Themen" anzusprechen.

Iris Michel ließ die Entstehung des internationalen Frauentages noch einmal Revue passieren. Diskriminierungsfreiheit, gerechte Bezahlung bei gleicher Arbeit, faire Aufstiegschancen und familiengerechte Arbeitsbedingungen sind Forderungen der Gewerkschaften. Themen, mit denen sich auch die Landesfrauengruppe der GdP auseinandersetzt. Die stellvertretende Landesvorsitzende, **Margarethe Relet**, war zu dieser Veranstaltung eingeladen. Sie berichtete über die laufenden Tarifverhandlungen bei Bund und Kommunen und die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Beschäftigten der Länder im nächsten Jahr. Zum Audit Beruf&Familie teilte sie mit, dass das ISM einen Zeitplan erstellt hat und dieser weitestgehend bis zum Herbst umgesetzt sein soll. In lockerer Atmosphäre wurden anschl. allgemeine Themen diskutiert. Fazit: Eine tolle Idee, die Nachahmer finden sollte. Übrigens: Der Weltmännertag (Men's World Day) findet seit 2000 einmal jährlich am 3. November statt. Dieser soll laut Aussage des Schirmherrn **Michail Gorbatschow** das Bewusstsein der Männer im gesundheitlichen Bereich erweitern.

3. GdP - Trier: „Die Eifel hat ein Drogenproblem“



„Wieder geht die öffentliche Kritik an der Personalsituation los - wieder haben die Kritiker Recht!“ – so GdP-Bezirksgruppenvorsitzender **Josef Schumacher** in Trier.

Die in einem Artikel des Trierischen Volksfreundes erhobene Kritik an der Drogensituation in der Eifel und der zur Bekämpfung der Drogendelikte fehlenden Personalstärke der Polizei im Trierer Raum wird wiederholt deutlich. Die Bekämpfung der Drogenkriminalität und deren Aufklärung sind insbesondere abhängig von dem dort eingesetzten Personal. Mit einem Mehr an Polizistinnen und Polizisten in der Drogenbekämpfung könnte diesem Problem wesentlich effektiver zu Leibe gerückt werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit, hier soll an den großen Erfolg der „AG Eifel“ erinnert werden, zeigen, dass es sich bei Drogendelikten um eine „Holkriminalität“ handelt. Das bedeutet, je mehr Polizei dort eingesetzt wird, um so mehr wird an Straftaten aufgedeckt und um so mehr kann auch im Bereich der Prävention erfolgreich umgesetzt werden.



Die GdP weist schon seit Jahren auf den Personalmangel hin. Allseits innerhalb der Polizei ist der Begriff „**Prüm ist überall**“ zum Synonym fehlenden Personals der Polizei geworden. Damals stritten sich SPD und CDU über die richtige Personalstärke bei der PI Prüm. An dieser Situation hat sich bis heute nichts wesentlich geändert.

Mit der Festlegung der Stärke der Polizei in Rheinland-Pfalz auf rund 9.000 Polizistinnen und Polizisten hat sich die Landesregierung selbst „umzingelt“. Die GdP hat auf Grund solider Berechnungen festgestellt, dass dadurch rund 1.000 Polizistinnen und Polizisten insbesondere zur Verbrechensbekämpfung fehlen. Hinzu kommen Personaldefizite durch Einrichtung von grundsätzlich sinnvollen zusätzlichen Organisationsformen (Jugendsachbearbeitung, Beratungszentren, Ausbau der Bekämpfung islamischen Terrorismus, Puppenbühne usw.), sie erhöhen das Personalfehl in den Wechselschichtdiensten vor Ort. Die Folge: Hohe gesundheitliche Belastungen und dadurch hohe personelle Ausfälle und viele eingeschränkt dienstfähige Beamte. „*Wir drehen uns im Kreis*“, so Gesamtpersonalratsvorsitzender **Alfons Meyer**, „*und streiten uns bei der Vergabe jeder einzelnen zu verteilenden Personalstelle.*“

„*Dies kann so nicht weitergehen!*“, protestiert **Josef Schumacher**. „*Wir benötigen dringend zusätzliches Personal, um frühere Stärken in den Dienstgruppen wieder zu erreichen!*“

Positiv erscheinen Signale aus dem Innenministerium, es würde jetzt zu mehr Neueinstellungen kommen. IM **Karl Peter Bruch** hat vor dem Mainzer Landtag am 28.2. einen Nachholbedarf bei der Ausstattung der Landespolizei eingeräumt!

Nichts desto trotz muss die Trierer Polizei auf die erneute Lage in der Eifel reagieren! Das wird dann, wenn die Lagebeurteilung beim Polizeipräsidium Trier dies so bestätigt, auch in entsprechend notwendigen Umfang erfolgen. Allen muss dabei klar sein, solange es nicht genügend Personal in den Dienststellen gibt, wird, wenn das Tischtuch der Personaldecke in Richtung Eifel gezogen wird, wird die Tischplatte an einer anderen Stelle sichtbar.

4. Leserbrief Kosovo III

„*Liebe Kollegen,*

nachdem wir nun die Unabhängigkeit des Kosovo in seinen ersten Wochen genießen durften, schicke ich euch ein paar Bilder vom Gate 1, dem Grenzübergang nach



Serbien, der nach der Unabhängigkeitserklärung als erster angegriffen wurde. Unser Verstärkungseinsatz letzte Woche war recht frustrierend. Die dortigen kosovarischen Polizisten, meist serbischer Ethnik, sind entweder suspendiert, erscheinen überhaupt nicht zum Dienst oder sie sind nur präsent, schauen den Internationalen bei der Arbeit zu und rühren selbst keinen Finger. Es gibt keinen Strom, kein Wasser, die Generato-

ren der UN sind defekt. Unterkünfte sind entsprechend. Momentan werden wir dort von 40 franz. KFOR Soldaten und 20 polnische Bereitschaftspolizisten unterstützt. Es geht das Gerücht, dass der Norden, also der serbisch besiedelte Teil auch nach der Übernahme der EULEX weiterhin unter UN-Verwaltung verbleibt. Die nächsten Wochen werden hoffentlich Klarheit darüber schaffen, auch in Bezug auf unsere weitere Verwendung.

Ich wünsche euch alles Gute, bis bald,
Stefan“

5. Renten sollen angehoben werden

GdP und DGB fordern Erhöhungen auch für Versorgungsempfänger

Die Entscheidung der Bundesregierung, die Renten außerhalb der normalen Rentenformel anzupassen, reicht nicht aus, sei aber ein Schritt in die richtige Richtung, erklärte der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, **Dietmar Muscheid**.



Die Bundesregierung hat mit den Spitzen der Koalitionsfraktionen vereinbart, die Renten zum 01.07.2008 um 1,1% zu erhöhen. Dies soll durch die Aussetzung der Rentenabsenkungen, die bei Einführung der ‚Riester-Rente‘ ins Gesetz geschrieben wurden, erreicht werden.

Muscheid: „Die Rentenerhöhung reicht nicht aus, um die Kürzungen der letzten Jahre auszugleichen, aber Rentnerinnen und Rentner können zumindest in Teilen von der besseren wirtschaftlichen Lage in Deutschland profitieren. Wir fordern die Landesregierung auf, diese Regelung auch auf die Pensionärinnen und Pensionäre zu übertragen.“

Über den Anpassungsfaktor in der Beamtenversorgung wird das Niveau der Altersversorgung ähnlich wie im Rentenrecht abgesenkt. Dies hat z.B. bei der Erhöhung in 2007 zu einer Null-Runde für viele Pensionärinnen und Pensionären geführt. Ein pensionierter Polizeioberrat (A10) hat für sich und seine Ehefrau derzeit eine Pension von rd. 1.700 Euro netto zur Verfügung.



Ernst Scharbach: „Der Anpassungsfaktor muss ausgesetzt werden, damit auch pensionierte Polizisten eine Erhöhung ihrer Pension bekommen. Weitere Minus-Runden sind nicht zumutbar. Auch Versorgungsempfänger sind von den steigenden Preisen betroffen“

Wir erwarten jetzt von der Landesregierung umgehend für die Jahre 2008 und 2009 tätig zu werden und so auch die Pensionärinnen und Pensionären an der positiven Entwicklung der öffentlichen Haushalte teilhaben zu lassen.



6. Personalnot und Beförderungssituation sind die Themen Nr.1

Beim Besuch des Landesvorsitzenden **Ernst Scharbach**, in Begleitung des Vorsitzenden der BG PP Mainz **Ingo Schütte** bei der PAST Heidesheim nutzte eine Vielzahl von KollegenInnen die Möglichkeit zum Gespräch.



[Ernst Scharbach, Ingo Schütte, Klaus-Dieter Rauber, Helgo Schaser, Jörg Wegener sitzend: Horst Weller]

Gerade in den „kleinen“ Dienststellen im Land macht sich die heikle Personalsituation innerhalb der Polizei bemerkbar.

Die KollegenInnen beklagten die hohen „Schlagzahl“ der aufeinanderfolgenden Dienste und den häufig wegfallenden freien Tag aufgrund von Sondereinsätzen und Unterstützungen in anderen Schichten. Alleine die hohe Motivation der KollegenInnen macht oft eine vernünftige Dienstverrichtung erst möglich.

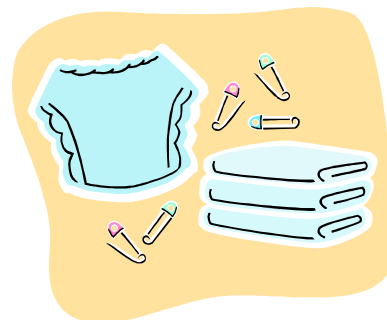
Zur Beförderungssituation und den versteckten Sparmaßnahmen der Landesregierung, die durch die Festlegung der Stellenplanobergrenzen dafür gesorgt hat, dass das zur Verfügung stehende Beförderungsbudget nicht ausgeschöpft werden kann, machten die KollegenInnen ihrem Unmut Luft. Auch die fehlenden Perspektiven im Rahmen der zweigeteilten Laufbahn wurden durch die KollegenInnen thematisiert. In beiden Bereichen konnten durch Ernst Scharbach keine erfreulichen Veränderungen verkündet werden, was verdeutlicht, wie wichtig die GdP und der unverzagte Kampf für unsere Interessen ist.

7. Beihilfe für Säuglinge

So funktioniert Gewerkschaft: Unser Kollege **Marc** bekam Nachwuchs und beantragte die in der Beihilfe vorgesehene Zuwendung zur Säuglingsausstattung, immerhin 150 € - und ärgerte sich, als er feststellte, dass von den 150 € die Kostendämpfungspauschale von 110 € abgezogen wurde. Es verblieben dem glücklichen Vater mithin gerade noch 40 €.

Marc beließ es aber nicht dabei, sich still und heimlich in seinem Kämmerlein zu ärgern, sondern schrieb an den GdP-Kollegen **Detlef Maurer**, der den Hinweis unmittelbar an den Landesvorstand weiterleitete.

Die Vorsitzende der Frauengruppe **Steffi Loth** dis-



kutierte das Problem mit der Fachfrau für den öffentlichen Dienst beim DGB **Astrid Clauss**.

Im geschäftsführenden Landesvorstand befasste sich unser Beihilfeexperte **Heinz Werner Gabler** mit dem Problem und befand, dass die Oberfinanzdirektion nicht anders handeln konnte – die Beihilfeverordnung sieht diesen Abzug auch bei der Säuglingsausstattung vor. Die GdP erarbeitete einen konkreten Formulierungsvorschlag zur Änderung der Beihilfeverordnung. Koll. **Gabler** verfasste einen Brief an den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes **Dietmar Muscheid**, da der DGB als Spitzenorganisation im Sinne des § 105 Landesbeamten-gesetz gegenüber der Landesregierung gesetzlich legitimiert ist.

Dietmar Muscheid reagierte sofort. Der DGB-Vorsitzende verfasste folgendes Schreiben an den zuständigen Finanzminister **Ingolf Deubel**:

Beihilfeverordnung Rheinland-Pfalz Säuglings- und Kinderausstattung § 10 Abs. 2 BVO

Sehr geehrter Herr Minister Deubel,

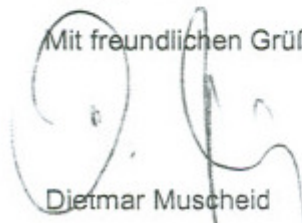
gemäß § 10 Abs. 2 der Beihilfeverordnung wird den Beihilfeberechtigten eine Beihilfe in Höhe von 150,- € für die Erstausrüstung bei Säuglingen oder Kleinkindern gewährt. Diese positive Unterstützung junger Familien wird jedoch durch die Anwendung der Kostendämpfungspauschale, § 12 c BVO, wieder aufgezehrt. Dies kann nicht im Sinne eines kinderfreundlichen Landes Rheinland-Pfalz liegen.

Wir regen daher an, die BVO § 12 c Abs. 6 Ziff. 3 BVO wie folgt zu ändern:

(6) Die Kostendämpfungspauschale entfällt „3. für die Schwangerschaftsüberwachung und die ärztlich verordnete Schwangerschaftsgymnastik (§ 10 Abs. 1 Nr. 1) sowie für im Zusammenhang mit der Schwangerschaft verordnete Arzneimittel, Verbandmittel und dergleichen (§ 4 Abs. 1 Nr. 6) und die Beihilfe für die Säuglings- und Kleinkinderausstattung (§ 10 Abs.2), und“

Wir hoffen, dass dieser Vorschlag Ihre Unterstützung findet und bei der nächsten Änderung der Beihilfevorschriften berücksichtigt wird.

Mit freundlichen Grüßen



Dietmar Muscheid

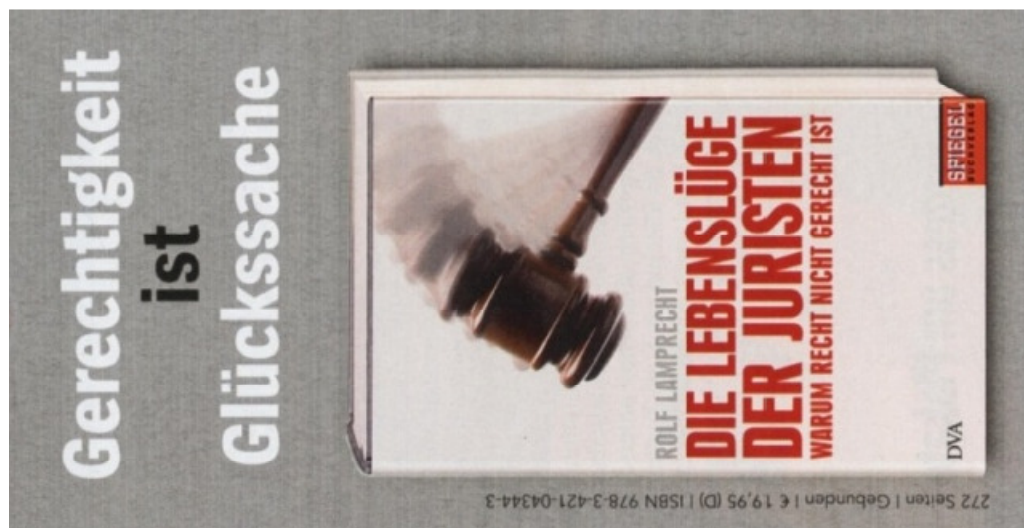
Wir sind gespannt auf die Antwort!

8. Kostendämpfungspauschale – Kein Widerspruch erforderlich

Der Landesgesetzgeber hat mit dem Besoldungsanpassungsgesetz am 21.12.2007 eine gesetzliche Regelung für die Kostendämpfungspauschale getroffen und kommt damit der jüngsten verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung nach, die in Zweifel zieht, ob ein solch schwerwiegender Eingriff in die Alimentation der Beamtinnen und Beamten auf der Basis einer Verordnung getroffen werden kann. In Rheinland-Pfalz war die Kostendämpfungspauschale zum 1. Januar 2003 durch eine Änderung der Beihilfeverordnung (§ 12 c) eingeführt worden. Durch das Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz vom 22.06.2007, Az. 6 K 67/07.KO, war die Frage nach einer ausreichenden Ermächtigungsgrundlage aufgeworfen worden. Der Landesgesetzgeber sicherte sich deshalb mit dem vorher erwähnten Besoldungsanpassungsgesetz 2007 durch eine gesetzliche Regelung für die Kostendämpfungspauschale ab. Allerdings setzt er diese Regelung rückwirkend bis zum Jahr 2003 in Kraft. Dieser rückwirkende Eingriff ist ebenfalls rechtlich erheblich umstritten. Es ist bereits absehbar, dass es neue Klageverfahren geben wird.

Dies wirft die Frage auf, ob die Beihilfeberechtigten individuell Widerspruch bei der OFD gegen die Kostendämpfungspauschale einlegen müssen. Dies ist nicht notwendig. Die OFD hat mit Bezug auf das Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz durch Rundschreiben vom 23.07.2007 geregelt, dass die Festsetzung der Kostendämpfungspauschale in allen Fällen vorläufig erfolgt und eine endgültige Festsetzung der Beihilfen später nachgeholt wird, wenn die gerichtlichen Fragen geklärt sind. Für die Beihilfeberechtigten ergeben sich also keine Rechtsnachteile, so dass es insoweit eines Widerspruchs nicht bedarf. Soweit Widersprüche bereits eingelegt wurden oder im Einzelfall noch eingelegt werden, setzt sich die OFD mit dem Betroffenen in Verbindung und stellt einvernehmlich ein Ruhen der Verfahren her.

9. Unser Lesetipp:



10. GdP-Seminare für 2008 auf einen Blick:

[http://www.gdp.de/gdp/gdprpcms.nsf/id/Sem_DE/\\$file/Seminarplan%202008.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdprpcms.nsf/id/Sem_DE/$file/Seminarplan%202008.pdf)

11. GdP-Zeitschrift „Die Kriminalpolizei“ erschienen

Inhalte:

Jugend und Gewalt – gewalttätige Jugend

von Dr. Marwan Abou-Taam, Mainz

Kinder im Mittelpunkt der polizeilichen Interventionspraxis

von Achim Füssel und Andreas Heintz, Polizeipräsidium Westpfalz

Jugend ohne Promille Ein best-practice-project des European Crime Prevention Network (EUCPN) zur Minimierung des Risikos einer alkoholbedingten Opfer- und Täterwerdung

von KHK Stephan Rusch, Landeskriminalamt Bremen

Organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität zwischen Quantität und Qualität

von Dr. Wolfgang Hetzer, European Anti-Fraud Office (OLAF), Brüssel

Deutschland muss die UN-Konvention gegen Korruption ratifizieren

Interview mit Sylvia Schenk, Vorsitzende von Transparency International Deutschland

Weltweit auf „leisen Sohlen„: Chinas Triaden

von Robert F. J. Harnischmacher, Consultant in Security and Intelligence Matters Intern. Security and Media Consulting, Associate Editor of the World Police Encyclopedia, New York

Ein autoerotischer Todesfall bei sadomasochistischer Disposition

von Klaus Liedert, Polizeipräsidium Köln

Jeder zweite Mord bleibt unentdeckt

von Ulrike Eichin, Fernsehjournalistin, Mainz

Rechtsprechung: Wohnraumüberwachung zur Gefahrenabwehr, Teil 2 Urteil des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz vom 29.01.2007

von Dr. Rolf Meier, Ministerialrat, Vertreter der Parlamentarischen Geschäftsführerin und Justitiar der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Wichtiges in Kürze

von Gunhild Groeben, Journalistin

Unsere Zeitschrift „Die Kriminalpolizei“ wird nicht verschickt – sie kann über die Kreisgruppen angefordert werden.

Auto kaufen?

Verreisen?

PSW 06131/96009-23 oder -31

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www")

Schwitzkasten Budenheim: 15 % Rabatt auf Tageskarte.

Schuhe kaufen zu 15% Rabatt: www.schuhe123.de

Kfz-Reparaturen und mehr zu 19% Rabatt: www.autofit-moser.de

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de